



DANIEL LEDE ABAL

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



Grün rockt im Rimpo – Daniel Lede Abal trifft Grünes Männla

Daniel Lede Abal, MdL

Wahlkreisbüro:  
Mitarbeiterin: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6  
72074 Tübingen  
Fon 07071-8895123  
FAX: 07071-8895131  
Ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

Landtag:  
Mitarbeiter: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Fon 0711-2063652  
Fax 0711- 2063-660  
daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

## Wahlkreisnewsletter 01/2013

### Inhalt:

- Landtagsabgeordneter trifft auf Grünes Männla
- Politischer Aschermittwoch in Biberach
- Neue Gemeinschaftsschulen - Drei neue für den Kreis
- Stuttgart 21
- Im GRÜNEN daheim
- „Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht“
- Splitter
- Termine

### Landtagsabgeordneter trifft auf Grünes Männla.

Bei der offiziellen Eröffnung des Rimpo am neuen Standort am Haagtorplatz hat sich Inhaber Klaus Reihle etwas Besonderes einfallen lassen. Bei Live-Musik von Jürgen Sturm und Band trafen sich die einst von dem Schwäbischen Musiker Wolle Kriwanek erfundenen Grünen Mänchen aus dem Ufo mit dem Grünen Männle aus dem Landtag. Jürgen Sturm hat auf gut Schwäbisch eine Lied komponiert bei dem er dem vor 10 Jahren gestorbenen schwäbischen Musiker Wolle Kriwanek quasi "nach oben" berichtet, wie es um "seine" grünen Männchen im Jahr 2013 jetzt steht. Dass sie nämlich mit "Kretsch" und "Fritze" unser Land regieren und dass sie die "Schwarzen"

und "Gelben" "oifach wegbutzt" haben. Bei der Gelegenheit überreichte Jürgen Sturm auch ein T-Shirt und eine DVD des Songs. Reinhören unter:

[https://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=8k6I71SHeP8](https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=8k6I71SHeP8)

### **Politischer Aschermittwoch in Biberach**

Ich fahre am Mittwoch, 13. Februar 2013 zum Aschermittwoch nach Biberach und freue mich über jede und jeden der mitkommen möchte. Ich nehme den Zug um 8:15 auf Gleis 1 im Tübinger Hauptbahnhof und werde mit zweimal umsteigen in Plochingen und Ulm um 10:24 in Biberach sein.

Programmablauf:

11.00 Uhr Einlass

11.15 Uhr Begrüßung durch Thekla Walker, Landesvorsitzende

11:30 Uhr Grußwort OB Norbert Zeidler

11.35 Uhr Rede Eugen Schlachter, BT-Kandidat

11:50 Uhr Rede Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende

12:15 Uhr Rede Katrin Göring-Eckardt MdB, Spitzenkandidatin Bundestagswahl

12.40 Uhr Rede Winfried Kretschmann MdL, Ministerpräsident

ca. 13.30 Uhr Ende

### **Neue Gemeinschaftsschulen - Drei neue für den Kreis**

Drei neue Gemeinschaftsschulen gibt es ab kommenden Schuljahr im Kreis Tübingen: in Rottenburg-Ergenzingen, in Ammerbuch-Altingen und in einem gemeinsamen Projekt Rangendingen-Hirrlingen. Wir haben hier im Kreis also eine hohe Akzeptanz für die neue Gemeinschaftsschule nicht nur in der Stadt Tübingen, sondern auch im viel beschworenen Ländlichen Raum.

Nicht zum Zuge kamen die Anträge aus Bodelshausen und Ofterdingen - weil sie, nach Auskunft des Kultusministeriums, nicht über eine gesicherte zweizügige Perspektive verfügen. Zumindest die Burghofschule will weiterhin eine Gemeinschaftsschule werden. Mit der anstehenden regionalen Schulentwicklung für das Steinlachtal ergeben sich hoffentlich auch hier Perspektiven.

Als grüne Landtagsfraktion sehen wir in der Gemeinschaftsschule eine Schulform mit Perspektive für eine durchlässige Bildungslandschaft und Standortsicherung von Schulen im Ländlichen Raum. Die Gemeinschaftsschule ist unser Angebot für einen neunjährigen Weg zum Abitur.

Ich bitte auch alle Mitglieder an dieser Stelle um Nachsicht: Entsprechend der Vereinbarung zwischen den beiden Regierungsfractionen und dem Kultusministerium ging die PM für den Kreis Tübingen am Sonntag an die lokalen Medien. Leider haben sich Andere nicht daran gehalten und ihre Pressemitteilung bereits am Freitag für die Samstagberichterstattung freigegeben - das hat sich dann auch in der

Berichterstattung niedergeschlagen. Meine Äußerungen fanden dann wenig Berücksichtigung. Das ist kein Fair Play und leider nicht zum ersten Mal geschehen.

## **Stuttgart 21**

Sehr erstaunlich, was die Deutsche Bahn vor Weihnachten einräumen musste: nicht 4,7 Mrd. €, sondern 5,8 Mrd. € sowie weitere 1,2 Mrd. € "Kostenchancen" (Originalton DB) liegen im Projekt S 21.

Das hat nicht nur uns grüne Abgeordnete, sondern auch die befürwortenden Abgeordneten im Stuttgarter Landtag ziemlich sprachlos zurückgelassen. Sprachlos auch, weil die Bahn schon im November 2011 (also vor der Volksabstimmung) Hinweise auf Mehrkosten gehabt haben will, diese aber angeblich nicht beziffern konnte. Sprachlos auch, weil die Bahn seit Monaten die Mehrkosten aufarbeitet, jegliche Information im Lenkungskreis verweigert hat und jetzt mehr oder weniger das präsentiert, was seit langer Zeit bekannt ist: Die 1,1 Mrd. € Mehrkosten hat schon der frühere Projektleiter Azer der DB intern angezeigt - offiziell wurden diese nie eingeräumt.

Zwar hat die DB angekündigt 1,1 Mrd. € Mehrkosten wegen eigener Versäumnisse zu übernehmen. Die CDU hat das "ein Geschenk an Baden-Württemberg" genannt, die Wahrheit sieht leider so aus: Gerechnet auf die Bauzeit die das Projekt haben würde, stellen die 1,1 Mrd. € gerade einmal den Inflationsausgleich dar - zusätzlich springt für das Projekt nichts raus. Und obwohl die DB öffentlich behauptet, das seien alle Mehrkosten und die Fertigstellung komme im Jahr 2020, gehen Studien, die der Bahn wohl vorliegen, von mindestens 8 Mrd. € und einer Fertigstellung frühestens 2024 aus.

Bedauerlicherweise zielen die Projektbefürworter noch immer am liebsten auf das Verkehrsministerium und übernehmen ungeprüft die Behauptung der Bahn, das Land komme seiner Projektförderpflicht nicht nach: Das MVI hat alle Vorgänge dokumentiert und ist sich sicher das Gegenteil belegen zu können. Die Vorwürfe verärgern auch die SPD-Mitglieder der Landesregierung - die Landesregierung und die Landesverwaltung haben sich absolut nichts vorzuwerfen und alle Drohungen der Bahn sind reine Geräuschkulisse. Wenn es eine Behörde gibt, die sehr langsam arbeitet, handelt sich um das Eisenbahnbundesamt EBA - das untersteht der schwarz-gelben Bundesregierung und Verkehrsminister Ramsauer.

Verkehrsminister Ramsauer hat alles dafür getan, nicht vor dem Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages erscheinen zu müssen, wie auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bahn. Ramsauer wollte das Projekt angeblich immer - als es um die Übernahme von Mehrkosten ging, hat er geschwiegen. Jetzt hat er über die Staatssekretäre reagieren lassen und der DB einen Fragenkatalog zukommen lassen - sowohl die Landesregierung als auch wir sind gespannt auf die Antworten.

Zum Ausblick auf die nächsten Monate:

Der Bahnvorstand hat offenbar erkannt, dass das Projekt in dieser Form nicht mehr zu stemmen ist - daher das Eingeständnis von Mehrkosten und das Angebot, den eigenen Beitrag aufzustocken. Der Bahnvorstand wollte nicht für das Scheitern verantwortlich sein und den Schwarzen Peter an die Projektpartner weitergeben, nur hat der Aufsichtsrat der Bahn den neuen Finanzierungsvorschlag des Bahnvorstandes bislang nicht genehmigt, alle Informationsveranstaltungen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden abgesagt.

Während das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart bislang jede weitere finanzielle Beteiligung abgelehnt haben, hat sich die Bundesregierung bislang bedeckt gehalten. Es ist zu befürchten, dass die Deutsche Bahn und die Bundesregierung eine Entscheidung bis nach der Bundestagswahl hinauszögern werden - weil nach dem Großflughafen Berlin bei Stuttgart 21 niemand für das Scheitern oder unpopuläre Mehrkosten verantwortlich sein will. Wir bleiben dran...

## **Im GRÜNEN daheim**

(Zusammenfassung von Nele Schönau, Mitarbeiterin)

### Land im Wandel – kluge Konzepte aus den Regionen

Auf Ihrer Klausur in Bad Mergentheim vom 8. bis 10. Januar hat sich die Fraktion unter anderem dem Thema "Ländlicher Raum" gewidmet. Herausgekommen ist ein 11-seitiges Positionspapier der grünen Fraktion, welches ich Euch an dieser Stelle komprimiert und auf einzelne Schwerpunkte fokussiert vorstellen möchte. Angesprochen werden in den Kapiteln: "Zusammen hält besser", "Wirtschaft und Arbeit", "Bildung", "Soziales und Gesundheit", "Mobilität" und "Kultur" die zentralen Aspekte der weiteren grünen Entwicklungsperspektive für den "ländlichen Raum". Dazu wurden viele Fakten und Vorhaben in diesem Papier zusammengestellt.

### Zusammen hält besser

Die Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Landkreise und die Landespolitiker müssen gemeinsam zukunftsweisende Konzepte für unsere ländlichen Räume entwickeln. Auf dieses Miteinander richten wir unsere Politik für die ländlichen Regionen aus. Wir wollen den Herausforderungen des demographischen Wandels, des Klimawandels und der Energiewende im ländlichen Raum mit der Entwicklung einer übergreifenden Strategie begegnen. Dazu werden wir die Förderprogramme zur Entwicklung der ländlichen Räume anpassen.

### Wirtschaft und Arbeit

Die Leistungsfähigkeit der ländlichen Regionen können wir nur erhalten, wenn wir Arbeitsplätze vor Ort sichern. Nur wenn die Menschen erwarten können, in ihrer Region gute und sichere Arbeitsplätze zu finden, werden sie dauerhaft dort bleiben. Auf der anderen Seite wissen wir auch aus zahlreichen Gesprächen, was die Unternehmen brauchen (qualifizierte Arbeitskräfte, ein gutes Betreuungsangebot,

innovative Netzwerke von Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen). In lokalen Kooperationen sollen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu einem speziellen Themenschwerpunkt zusammenarbeiten können.

Stichworte: „Energiewende – nachhaltige Einkommensquelle des ländlichen Raumes“. Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen auch, wenn wir es schaffen, die lokale Wertschöpfung weiter auszubauen. Lokale Wertschöpfung heißt für uns, mit Bürgerbeteiligung vor Ort Geld zu verdienen.

Stichwort: „Landtourismus – Sanfte Wege durch unsere Kulturlandschaft“. Nur intakte Landschaften werden den Tourismus dauerhaft halten. Als touristisches Leitbild wollen wir den sanften Tourismus weiterentwickeln. Dieser achtet auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der touristischen Angebote. Für die Weiterentwicklung des Naturschutzes in Baden-Württemberg benötigen wir einen detaillierten Fahrplan, der Landwirtschaft und Tourismus einbezieht.

Stichwort: „Gute Lebensmittel – Regionale Wertschöpfung“. Regionale Wertschöpfung steht auch dafür, regionale Produkt- und Wirtschaftskreisläufe zu schließen und so Kaufkraft in der Region zu halten. Der ökologische Landbau ist dabei unser Leitbild für eine nachhaltige Landbewirtschaftung. Er soll in Baden-Württemberg gemeinsam mit einer gentechnikfreien, bäuerlichen Landwirtschaft besonders unterstützt werden. Ökologie und Regionalität ist die Perspektive für die kleinteilige Landwirtschaft in Baden-Württemberg. So können wir unsere kleinen Höfe erhalten und über regionale Vermarktungsstrukturen deren Existenz sichern. Insbesondere bei Obst- und Gemüseanbau besteht für die Baden-württembergische Landwirtschaft noch Potential.

Stichwort: „Frauen und junge Familien im ländlichen Raum halten“. Um einem Wegzug entgegen zu wirken, müssen wir die Attraktivität des ländlichen Raums verbessern, etwa durch den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung (siehe auch: Bildung, Soziales und Mobilität). Außerdem wollen wir Existenzgründungen stärker unterstützen. Gerade im ländlichen Raum fehlen auch Frauen nicht nur an der Spitze von Firmen, sondern vor allem auch in den Gemeinderäten und Kreistagen und als Bürgermeisterinnen. Eine Soll-Regelung zur Quotierung von Kommunalwahllisten wird deshalb in die Gemeindeordnung aufgenommen, auch wenn wir an dieser Stelle eine feste Quote bevorzugt hätten.

### Bildung

Jedem Kind wollen wir den Weg bestmöglichen Schulabschluss anbieten. Damit dies trotz rückläufiger Schülerzahlen gelingt, wollen wir die örtlichen Grundschulen engmaschig erhalten und das Ganztagsangebot erweitern. Mit der Gemeinschaftsschule kann ein breites Bildungsangebot im ländlichen Raum erhalten werden. Darüber hinaus wollen wir die Gymnasien erhalten und deren Qualität weiter verbessern. Auch viele Hochschulen Baden-Württembergs befinden sich im ländlichen Raum, sie sind in vielen Fällen eng mit der lokalen und regionalen Wirtschaft vernetzt und verbinden Ausbildung und Forschung. Dazu kommen Duale Hochschulen (DHBW) in großer Zahl. Wir halten an einer auch in der Fläche attraktiven Hochschullandschaft fest.

## Soziales und Gesundheit

Die Menschen sollen dort selbstbestimmt leben können, wo sie sich zu Hause fühlen. Besonders in unseren ländlichen Räumen stehen wir angesichts des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Wir wollen mit den Kommunen wohnortnahe Angebote schaffen und ambulante Strukturen stärken. Menschen mit Behinderung wollen wir die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen.

Stichwort: „Gesundheitsversorgung- Ärztinnen und Ärzte werden vor Ort gebraucht“. Für eine bedarfsgerechte und hochwertige medizinische Versorgung im ländlichen Raum bedarf es einer besseren Vernetzung. Wir wollen mit regionalen Gesundheitskonferenzen zukünftig passgenaue Lösungen für jede Region entwickeln. Grünes Leitbild ist gerade im ländlichen Raum ein leistungsgerecht bezahlter Hausarzt, der ausreichend Zeit hat, seine Patientinnen und Patienten wohnortnah zu beraten. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.

## Mobilität auf dem Land

Das Auto wird in ländlichen Regionen weiterhin eines der wichtigsten Verkehrsmittel sein. Aber mit innovativen Verkehrskonzepten wollen wir die persönliche Mobilität unter Umweltgesichtspunkten fördern und beispielsweise den Radverkehr fördern, sodass Möglichkeiten entstehen, immer öfter auf das Auto zu verzichten.

Stichwort: „Attraktiver Ortskern – kurze Wege“. Auch deshalb unterstützen wir die Gemeinden bei der Aufwertung der Ortskerne und der Wieder-Nutzung innerörtlicher Flächen statt der Expansion auf großen Flächen an den Ortsrändern.

## Kultur

Für uns ist die Unterstützung von Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und Breite im Land ein wichtiger politischer Schwerpunkt. Kultur im ländlichen Raum lebt nicht zuletzt vom Engagement vieler Menschen in Vereinen.

Stichwort: „Miteinander für den Erhalt der Heimat“. Gütesiegel des Landes – und eine Besonderheit unter allen Bundesländern – ist die große Anzahl seiner im Ehrenamt engagierten Menschen, die besonders das Leben in unseren Dörfern prägen und gestalten. Dieses Engagement ist ein Schatz und soll weiter unterstützt und gefördert werden.

Stichwort: „Integration – Vielfalt willkommen heißen“. Integration betrachten wir als wechselseitigen Prozess. Wir wollen eine offene Gesellschaft und ein gelebtes Miteinander. Nur wenn Integration gelingt, bringen sich die Menschen für ihr Umfeld und ihre neue Heimat ein. Wir unterstützen auch aus diesem Grund das Ehrenamt und die Vereine, denn sie spielen eine wichtige Rolle bei der Integration.

Stichwort. „Individualität und Toleranz“. Durch einen Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung erhöhen wir die Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt vor allem im Bildungsbereich und in der öffentlichen Verwaltung.

Das Papier findet sich auf der Homepage unter:

<http://ledeabal.de/wahlkreis/tuebingen/im-gruenen-daheim>

## **„Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht“**

(Rede von Franz Untersteller im Landtag in Baden-Württemberg, bearbeitet von Marie Demtschück, BOGY-Praktikantin, und Daniel Lede Abal)

Die Beratungen und Ergebnisse auf europäischer Ebene zu dem von der Kommission vorgelegten Entwurf einer Richtlinie über die Konzessionsvergabe für die kommunale Wasserversorgung sind besorgniserregend.

Die EU-Kommission treibt klar ersichtlich Regelungen voran, die darauf hinauslaufen, einen internationalen Markt und Wettbewerb für Wasser als frei handelbare Ware einzuführen. Auch die jüngst in der Mitteilung der EU-Kommission enthaltenen Ausführungen zu Wasserhandelssystemen lassen sich dahingehend interpretieren.

Wasser darf keine übliche Handelsware werden!

Aber die Bundesregierung hat wohl geschlafen, als der Rat für Wettbewerbsfähigkeit die Weichenstellung für die Richtlinie gestellt hat. Dabei liegt es auf der Hand, was ein europäisches Wasser-Handelssystem bedeuten wird und welche Folgen es haben kann. Soll das Wasser eines Tages wie Öl und Gas in Pipelines quer durch Europa transportiert werden?

Pfleglicher Umgang mit den Wasserreserven ist nur durchsetzbar, wenn die damit verbundenen Nachteile unmittelbare Vorteile für die Betroffenen haben. Das ist aber nur der Fall, wenn die Wasserversorgung ortsnah erfolgt. Eine ortsungebundene Wasserversorgung führt dagegen zu ungebundener Verantwortungslosigkeit.

Dies stünde im eklatanten Widerspruch zur Wasserrahmenrichtlinie wonach „Wasser keine übliche Handelsware ist, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.“ Mit der natur- und ortsgebundenen Erschließbarkeit verbindet sich bis heute weitgehend ein natürliches Monopol.

Mit Wasserschutzgebieten nehmen Kommunen, Landwirte und Bürger Einschränkungen für „ihr Wasser“ in Kauf. Mit der Unterwerfung der Wasserversorgung unter einen europaweiten Wettbewerb werden diese Identifikation und nicht zuletzt deshalb Vorsorgeorientierung, Versorgungssicherheit, Qualität und ökologische Nachhaltigkeit massiv infrage gestellt. Mit der vorliegenden Initiative wird diese besorgniserregende Entwicklung vorangetrieben!

Folgen für die Kommunen und die Wasserversorgung

Der Entwurf der Konzessionsrichtlinie widerspricht auch den Zielen des Vertrages von Lissabon.

Die Europäische Union hat dort in einem Zusatzprotokoll den nationalen und lokalen Behörden eine weitgehende Gestaltungsfreiheit bei der Erledigung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zugesichert.

Traditionell ist die Wasserversorgung kommunale Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Aus guten Gründen ist in Deutschland festgelegt, dass der Wasserbedarf vorrangig aus ortsnahen Vorkommen zu decken ist. Für dieses Aufgabenverständnis und die entsprechenden dezentralen Strukturen sind eine

europaweite Ausschreibung und die vorgesehenen Regularien absolut untauglich.

Es mag schon richtig sein, dass die Richtlinie nicht die vollständige Privatisierung der Wasserversorgung verordnet. Aber: Der Prozess, Wasser zur Handelsware zu machen, wird damit jedoch wieder ein Stück vorangetrieben. Auch die Beschränkung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf Wasserversorgungsunternehmen mit signifikantem privatwirtschaftlichem Anteil, aktuell in Diskussion sind 20 %, kann nicht beruhigen, da in Baden-Württemberg ca. 40% der Bewohner von solchen Wasserversorgungsunternehmen versorgt werden.

Die Bedingungen für die Vergabe an öffentlich kontrollierte Unternehmen oder andere Formen der interkommunalen Kooperation werden durch die Konzessionsvergaberichtlinie zumindest deutlich erschwert. Die komplexen Regelungen werden zu Rechtsunsicherheit führen.

Die vorgesehenen Regelungen könnten aber auch für Kommunen, die ihre Wasserversorgung (teil-)privatisiert haben, Anlass sein, dies im Rahmen der angedachten Übergangsfrist – in Diskussion ist dafür 2020 - wieder rückgängig zu machen.

Auch das häufig verwendete Argument, dass Privatisierung und De-Kommunalisierung gleichzusetzen sei mit günstigen Preisen für die Verbraucher ist nachweislich nicht stichhaltig. Dazu muss man sich nur die Situation hier in Baden-Württemberg genauer anschauen: Der Preis für den Kubikmeter Trinkwasser in den Gemeinden unseres Landes, die durch ein privates Wasserversorgungsunternehmen versorgt werden, liegt mit Stand 2010 im Durchschnitt bei 2,05 €/m<sup>3</sup> und damit um ganze 21 Cent höher als in den durch Regie- oder Eigenbetriebe der Kommunen versorgten Gemeinden.

Das zentrale Anliegen der EU, auf lange Sicht einen internationalen Markt und Wettbewerb für Wasser als frei handelbare Ware durchzusetzen lehnen wir daher strikt ab. Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen bei Leistungen der Daseinsvorsorge – wie eben die öffentliche Wasserversorgung – durch europäische Wettbewerbsregelungen nicht ausgehöhlt werden.

Unser Ziel ist es, die diesbezüglich bewährten Strukturen der kommunalen Wasserwirtschaft zu erhalten. Wir brauchen in Europa keine Richtlinie, die die Vergabe von Konzessionen im Bereich Wasser zum bürokratischen Hindernislauf macht.

Wir brauchen keine Richtlinie, die mehr Rechtsunsicherheit schafft und die Zusammenarbeit der Kommunen erschwert. Wir werden den vorhandenen landespolitischen Spielraum nutzen, um insbesondere im Bereich der Wasserversorgung die kommunale Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu halten. Nachdem sich die Landesregierung bereits in dieser Angelegenheit an Herrn Bundesumweltminister Altmaier gewandt hat, wird die Landesregierung nunmehr eine entsprechende Entschließung im Bundesrat anstrengen.



Info: Am 28.2. findet das nächste Europäische Gespräch als Ko-Veranstaltung Heide Rühle mit Fraktion passgenau zu dem Thema statt

Weitere Infos: [right2water.eu](http://right2water.eu)

### **Splitter:**

Umweltminister Franz Untersteller kommt nach Tübingen!

<http://gruene-bw.de/service/termine/veranstaltungsreihe-gruen-regiert.html>

Neue Websites - Die Landesregierung und die grüne Landtagsfraktion

Fast zeitgleich präsentieren sich zwei wichtige landespolitische Internetauftritte in neuem Design, der der Landesregierung Baden-Württemberg und der der Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen. Vor allem die Landesregierung wird für die neue Seite mit Lob überschüttet:

<http://www.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<http://www.gruene-landtag-bw.de/>

Toni Hofreiter bei der 159. Montagsdemonstration in Stuttgart

Der bayerische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, Toni Hofreiter sprach auf der der Montagsdemonstration in Stuttgart

<http://vimeo.com/58925245>

Mitmachen bei der Bundestagswahl

Lust auf Wahlkampf: mitmachen kann man natürlich beim Kreisverband in Tübingen um unseren Kandidaten Chris Kühn zu unterstützen...

...wer schon mal selbst testen will, kann sich hier informieren

<http://www.gruene.de/meine-kampagne/jetzt-mitmachen.html>

Vergaberecht novellieren

Die Fraktion der Grünen im baden-württembergischen Landtag sieht nach der Verabschiedung der entwicklungspolitischen Leitlinien eine Aufbruchsstimmung und will diesen Schwung dafür nutzen, das Vergaberecht zu novellieren.

<http://www.gruene-landtag-bw.de/themen-129409/europa/gruene-wollen-vergaberecht-des-landes-novellieren.html>

## **Termine:**

### Fasnets-Ommzug in Rottenburg

Sonntag, 10. Februar 13-16:00 Uhr

In Rottenburg am Rathaus

### Grüner Politischer Aschermittwoch

Mittwoch, 13. Februar 10-13:30 Uhr

Stadthalle Biberach, Theaterstraße 6, 88400 Biberach/Riß

### 8. Bauerntag KBV Tübingen

Samstag, 16. Februar von 10:00-13:30 Uhr

Burghof-Halle, Schulstraße 3, Ofterdingen

### Graudietenfeier ESB Reutlingen

Samstag, 18. Februar von 18-21:00 Uhr

Neue Stadthalle Reutlingen

### Grün regiert mit Franz Untersteller

Der Minister für Umwelt, Klima & Energiewirtschaft berichtet

Energiemarkt ab 18:30 Uhr, Die Veranstaltung beginnt um 19:30 Uhr

### Stammtisch der Naturfreunde Tübingen

Daniel Lede-Abal redet zum Thema „Aktuelles zur Landespolitik“

Samstag, 23. Februar von 16-21:00 Uhr

Im Vereinsheim Neuhalde

### Mitgliederversammlung OV Rottenburg

Mittwoch 6. März 20.30 Uhr